

Forderungspapier der Wirtschaftsorganisationen in der Region Köln-Bonn zur Umweltzone Köln

Die Wirtschaftsorganisationen in der Region Köln-Bonn sehen die Gesundheit der Bürger im Vordergrund ihres Handelns. Sie fordern deshalb gut durchdachte und effiziente, aber auch für die Wirtschaft verträgliche Maßnahmen zur Luftreinhaltung in Köln.

Nach dem Aktionismus in Köln zeigt sich jetzt auch in anderen Ballungsräumen, wie dem Ruhrgebiet, dass voreiliges Handeln in Sachen Umweltzonen nur zu Unstimmigkeiten und zu Unruhe führt. Immer mehr Kommunen begraben die Pläne, kurzfristig Umweltzonen einzurichten. Nach den Umweltzonen in Düsseldorf und Leipzig ist nun auch die Umweltzone in Frankfurt gestoppt. Wie in Düsseldorf und Leipzig zweifelt man in der hessischen Staatskanzlei an der Effizienz der Umweltzone und fürchtet um die wirtschaftliche Attraktivität der Metropole. Im Ruhrgebiet ist die große Umweltzone ebenfalls vom Tisch, zumindest bis 2011. Hier sollen mehrere kleinere Zonen im Oktober 2008 eingerichtet werden.

Die Effizienz von Umweltzonen ist selbst in Fachkreisen umstritten. Das Europarecht verpflichtet **nicht** zur Festlegung von so genannten „Umweltzonen“. Weder die einschlägige Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. September 1996 über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität (ABl. Nr. L 296, S. 55) noch die Richtlinie 99/30/EG des Rates vom 22. April 1999 über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel und Blei in der Luft (ABl. Nr. L 163, S. 41) enthalten eine Verpflichtung zur Festlegung von Fahrverboten und/oder -beschränkungen.

Die Einrichtung von Umweltzonen führt zu Einschränkungen in der Wettbewerbsfähigkeit einer Kommune. Mit der strafbewährten Einführung des Fahrverbotes für Fahrzeuge ohne Plakette wird die Wirtschaft einer Stadt bzw. einer Region schlechter gestellt als eine ohne Umweltzone. Besucher- und Kundenströme werden sich in dem Moment verändern, indem Verletzungen des Fahrverbotes mit Bußgeld und Punkten geahndet werden.

Im Expertenkreis sind Umweltzonen längst nicht mehr unumstritten. Ein Gutachten der Kanzlei Freshfield, Bruckhaus, Deringer stellt die Verhältnismäßigkeit der Umweltzone im Ruhrgebiet in Frage und sieht in alternativen Maßnahmen einen besseren Weg zur Entlastung der Luft von Schadstoffen. Eine aktuelle Studie der Technischen Universität Cottbus, wonach Ruß-Emissionen von Autos nur knapp 10 Prozent des Feinstaubaufkommens ausmachen, rechtfertigt die Skepsis gegenüber Umweltzonen.

Die Ministerien Wirtschaft, Verkehr und Umwelt haben sich darauf verständigt keine große Umweltzone im Ruhrgebiet festzulegen und unbürokratische Lösungen wie den Handwerkerparkausweis als Sondergenehmigung zum Befahren der Umweltzonen bis Ende 2010 in die Luftreinhaltepläne aufnehmen zu lassen.

Die nachfolgend benannten Wirtschaftsorganisationen in der Region Köln-Bonn fordern deshalb die Stadt Köln und die Bezirksregierung Köln auf, die aktuellen Entwicklungen in NRW als Anlass zu nehmen, um folgende Anpassungen zur Bekämpfung der Schadstoffbelastung der Luft in der Kölner Innenstadt und den damit in Verbindung stehenden Regelungen vorzunehmen und wenn erforderlich im Luftreinhalteplan festzuschreiben:

1. Gültigkeit des Regioparkausweises als Sondergenehmigung zum Befahren der Umweltzone ohne Plakette bis zum 31.12.2010
2. Verlängerung des bußgeldfreien Zeitraums bis mindestens zum 30.06.2008
3. Umsetzung verkehrslenkender und verkehrsflossoptimierender Maßnahmen
4. Emissionsmindernde Maßnahmen bei den anderen Emittentengruppen, wie z.B. bei genehmigungspflichtigen und genehmigungsfreien Anlagen
5. Feinstaubimmissionssenkende Maßnahmen, wie Nassreinigung der betroffenen Straßenzüge und stärkere Durchgrünung, insbesondere mit Bodendeckern, Straßenbäumen und Fassadenbegrünung.

Die Forderungen der Wirtschaft in der Region Köln-Bonn erfolgen vor dem Hintergrund, dass die Situation in Köln nicht abgenabelt von der in NRW betrachtet werden kann, sondern es landesweit abgestimmte Verfahrenweisen geben muss.

Der Plakettenabdeckungsgrad bei erst rund 400.000 verkauften Umweltplaketten in Köln und im Kölner Umland ist, gemessen an der Gesamtzahl der Fahrzeuge, die in der Region mit einer Plakette ausgestattet sein müssten - etwa 1,5 Millionen - noch gering. Hier fordern die Wirtschaftsorganisationen eine weiterhin intensive Informationspolitik seitens der Stadt Köln und eine enge Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen.

Köln, den 7. März 2008

Handwerkskammer zu Köln



(Franz-Josef Knieps)
Präsident

Handwerkskammer zu Köln



(Dr. Ortwin Weltrich)
Hauptgeschäftsführer

Einzelhandels- und Dienstleistungs-
verband Köln e.V.



(Gerd-Kurt Schwieren)
Vorsitzender

DEHOGA Nordrhein e.V.



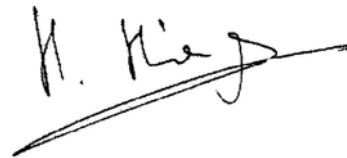
(Wolfgang Goldbach)
Kreisvorsitzender

Verband Garten-, Landschafts- und
Sportplatzbau Nordrhein-Westfalen e. V.



(Michael Gotschika)
Geschäftsführer

Landesverband Gartenbauverband
Rheinland e.V.



(Heinrich Hiep)
Präsident